

Nummer 40 | 2026

21. September 2026

Wer glaubt, übernimmt Verantwortung

Protestantische Haltung in politisch bewegter Zeit

Bielefeld/Düsseldorf/Detmold. Gemeinsame Erklärung der leitenden Geistlichen der Evangelischen Kirche von Westfalen, der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Lippischen Landeskirche nach den Landtags- und Kommunalwahlen der vergangenen Wochen:

„Wir erleben, dass bei mehreren Landtags- und Kommunalwahlen eine rechtsextreme Partei starken Zulauf hat – und viele Menschen sich mit ihren Problemen von der Politik nicht wahrgenommen fühlen. Wir sind tief besorgt darüber, dass demokratisch engagierte Personen angefeindet, freie Medien in Frage gestellt und soziale Spaltungen vertieft werden – bis dahin, dass migrantische Mitbürger/innen oder jüdische Geschwister sich in unserem Land nicht mehr sicher fühlen“, betonen die drei Kirchenleitenden Dr. Adelheid Ruck-Schröder (Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen), Dr. Thorsten Latzel (Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland) und Michael Keil (Präses der Lippischen Landessynode) in der gemeinsamen Erklärung.

„Als Kirche widersprechen wir, wo die gottgegebene Würde von Menschen verletzt wird, wir treten ein für den Dialog miteinander über Grenzen hinweg und leben die Hoffnung, die Gott in uns wirkt. Das ist unsere Aufgabe als Kirche in der Nachfolge Jesu Christi – so wie es in unserem gemeinsamen Bekenntnis formuliert ist: Die Kirche ‚erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten.‘ ([Barmer Theologische Erklärung](#), These V)

Wir glauben, dass jeder Mensch als Ebenbild Gottes geschaffen ist. Damit kommt jedem Menschen eine unverbrüchliche Würde zu, die es in Wort und Tat zu achten gilt. In der Nachfolge Jesu sehen wir gerade auch in den Menschen, die Not leiden und Hilfe brauchen, unsere Nächsten. In unseren Gemeinden, Kitas, Schulen, Krankenhäusern und

Beratungsstellen erleben wir täglich, was die Menschen im Land bewegt: bezahlbares Wohnen, verlässliche Pflege, gute Bildung, Sicherheit im Alltag, die Sorge um den Arbeitsplatz, die Rente und um den Zusammenhalt in der Nachbarschaft. Uns ist wichtig, dass Menschen mit unterschiedlichen politischen Positionen in unseren Kirchen eine geistliche Heimat haben. Als Kirche sind wir Brückenbauerin und bieten Orte der Verständigung über Grenzen hinweg. Christsein heißt, miteinander essen und reden zu können – auch bei gegensätzlichen Anschauungen. Im Glauben an die Liebe Gottes verbindet uns mehr miteinander, als uns voneinander trennt. Das hilft, auch kontroverse Positionen auszuhalten und wertschätzend miteinander reden zu können.

Im Gebiet unserer Landeskirchen leben Menschen unterschiedlicher Nationalität, Herkunft und Kultur oft seit Jahrzehnten selbstverständlich zusammen. Die Frage, ob das Leben noch bezahlbar ist, Kitas und Schulen attraktiv sind, unser Sozialstaat funktioniert, betrifft alle gemeinsam und ist keine Frage der Herkunft. Es geht um dieselben Mieten, Schulwege und Arbeitsplätze. Wer über Migration spricht, spricht über unsere Nachbarn und über unsere Verwandten und über uns selbst. Sorgen ernst zu nehmen – nicht als Stimmung, das ist ein gesellschaftlicher Auftrag. Wer das Vertrauen in die Demokratie stärken will, muss Probleme lösen. Dazu tragen wir als Evangelische Kirchen selbst aktiv bei, weil Glaube und diakonisches Engagement unlöslich zusammengehören und das Vertrauen in Gott das Vertrauen ineinander stärkt.

Im Hinblick auf die Landtagswahlen 2027 stehen wir als Evangelische Kirchen den Menschen bei, die in unserem Bundesland politische Verantwortung tragen. Wir werden für sie beten, uns sozial engagieren und kritisch in die politische Debatte einbringen, wo wir aus unserem Glauben dazu berufen sind. Wir tragen gemeinsam Verantwortung für unser Land.“

Stichwort: Evangelisches Büro

Das Evangelische Büro ist eine gemeinsame Einrichtung der Evangelischen Kirche von Westfalen, der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Lippischen Landeskirche. Am Sitz des Landtags und der Landesregierung in Düsseldorf vertritt das Evangelische Büro seit 1961 die Interessen der drei evangelischen Landeskirchen auf dem Gebiet von Nordrhein-Westfalen in den vielen Bereichen, in denen – bei einer klaren Trennung von Staat und Kirche – Berührungspunkte bestehen.